

**Zeitschrift:** Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen  
**Band:** 31 (1975)  
**Heft:** 1

**Artikel:** Konjunktureller Ausblick 1975  
**Autor:** M.B.  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-845320>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 16.10.2024

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Die Vertretung der Frauen in den Parlamenten

Kanton	Total Rats- mitglieder	Anzahl Frauen	Anteil in Prozenten
Aargau	200	14	7
Baselland	80	5	6,25
Basel-Stadt	130	21	16,15
Bern	200	10	5
Fribourg	130	9	6,92
Genf	100	16	16
Glarus	77	2	2,60
Graubünden	120	3	2,50
Luzern	170	10	5,88
Neuenburg	115	7	6
Nidwalden	60	1	1,67
Obwalden	51	1	1,96
Schaffhausen	80	3	3,75
Schwyz	100	6	6
Solothurn	144	6	4,17
St. Gallen	180	11	6,10
Thurgau	130	2	1,54
Tessin	90	11	12,20
Uri	64	1	1,56
Wallis	130	7	5,38
Waadt	197	16	8,12
Zug	80	1	1,25
Zürich	180	7	3,88
	2 808	170	6,05
<b>Bund</b>			
Nationalrat	200	14	7
Ständerat	44	1	2,27

Diese Zusammenstellung wurde vor kurzem vom Bund Schweizerischer Frauenorganisationen veröffentlicht. Sie zeigt, wie schlecht im Kanton Zürich, im Kanton mit der höchsten Einwohnerzahl, die Frauen im Parlament vertreten sind. Mit einem Anteil von 3,88 Prozent steht Zürich deutlich unter dem Mittel von 6,05 Prozent und wird von Kantonen, die als konservativ bezeichnet werden oder in denen die Frauen zu einem späteren Zeitpunkt politisch gleichberechtigt wurden, glatt überbunden.

Ende April anlässlich der Kantonsratswahlen besteht die Möglichkeit zu einer Korrektur. Vorher werden aber sowohl die Frauenorganisationen wie die politischen Parteien grosse Anstrengungen unternehmen müssen, um jene Frauen, die zur Übernahme politischer Verantwortung bereit sind, im Wahlkampf wirkungsvoll zu unterstützen und alte Vorurteile abzubauen. Die richtige Präsentation der Kandidatinnen wird ebenso ins Gewicht fallen wie die Position auf den Wahllisten. Und wesentlich für das Resultat wird auch sein, dass die Wählerinnen zur Urne gehen und ihre Stimme den Geschlechtsge nossinnen geben.

## Konjunktureller Ausblick 1975

Kurz vor Jahresende lud der Efficiency-Club Zürich den Delegierten des Bundesrates für Konjunkturfragen, Professor Dr. F. Kneschaurek, zu einem Lunchvortrag ein. «Standortbestimmung und konjunktureller Ausblick 1975» lautete das Thema, das grossem Interesse begegnete.

Nach Ansicht des Referenten werden wirtschaftspolitische Probleme und Massnahmen in der Regel zu kurzfristig betrachtet.

Es fehlt das Verständnis für die grossen Zusammenhänge und man hat Mühe zu erkennen, dass Einzelinteressen und Gesamtinteressen sich nicht immer decken. Nach zwanzig Jahren übersetzter Wirtschaftsexpansion sind wir an die Grenzen der Prosperität gestossen und wir haben grosse Schwierigkeiten, das richtige Mass wieder zu finden.

Um die Einmaligkeit der Entwicklung darzulegen, zog der Referent einige Vergleiche zwischen den Nachkriegsjahren 1918 bis 1938 und den letzten zwanzig Jahren: Damals stieg die Wohnbevölkerung um 300 000, jetzt um 1,7 Millionen, damals wurden 100 000 neue Arbeitsplätze geschaffen, jetzt 900 000, damals gingen die realen Exporte um 20 Prozent zurück, jetzt sind sie um über 600 Prozent gestiegen. Zu lange haben wir die vordergründigen Vorteile beobachtet und die hintergründigen Nachteile übersehen oder bagatellisiert. Das gilt sowohl für die fortschreitende Teuerung, deren zersetzende Wirkung man erst jetzt zu erkennen beginnt, wie für den unmässigen Rückgriff auf fremde Arbeitskräfte und fremdes Kapital.

In der Zukunft werden die Wachstumsmöglichkeiten wesentlich kleiner sein. Diese Entwicklung wird sowohl durch die zur Verfügung stehende Zahl der Arbeitskräfte wie durch die knapper werdenden Ressourcen beeinflusst. Der Bundesrat will nicht nur die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte, sondern auch die ausländische Wohnbevölkerung stabilisieren, was sich nur auf Kosten der Erwerbstätigen verwirklichen lässt. Zudem werden in den 80er Jahren die geburtenarmen Jahrgänge ins Erwerbsleben eintreten und kaum die Lücken schliessen können, die durch altersmässig bedingte Rücktritte entstehen. Konsolidierung und Behauptung der er-

höhten Position muss zur Zielsetzung der bisher stark auf Expansion ausgerichteten Wirtschaft werden.

Für die nächsten fünf bis zehn Jahre sieht der Referent unterschiedliche Entwicklungsmöglichkeiten für die einzelnen Wirtschaftszweige, ein unterdurchschnittliches Wachstum der Binnenwirtschaft und etwas bessere Aussichten für die von der schweizerischen Bevölkerungsentwicklung weniger abhängigen Exportwirtschaft. Es wäre aber falsch und gefährlich, als Krise zu bezeichnen, was als Redimensionierung und Neuorientierung betrachtet werden muss, und es wäre ebenso falsch, sich in der Jagd nach Schuldigen zu erschöpfen. Was jetzt Not tut, ist eine nüchterne Betrachtungsweise. Privatwirtschaft und staatliche Einrichtungen müssen sich gemeinsam bemühen, die notwendigen Korrekturen vorzunehmen und der Einzelne wird sich zu Änderungen seiner Verhaltensweise bereit finden müssen. Die strukturelle Anpassung wird sich nicht ohne kurzfristige Opfer durchführen lassen.

Das entscheidende Zukunftsproblem für Wirtschaft und Gesellschaft heisst weltweite Inflation. Dezierte nationale Politik und internationale Kooperation sind für deren Bekämpfung nötig. Solange Individuen, Gruppen und Staaten ihre Ansprüche nicht auf die realen Möglichkeiten zurückschrauben, wird die Inflation nicht besiegt werden können.

M.B.

## **Überfremdungsinitiative und weibliche Stimmbeteiligung**

Der Ausgang der Abstimmung über die Überfremdungsinitiative vom 20. Oktober war völlig ungewiss. Unsicherheit bestand vor allem über das Verhalten der Frauen,